



Das Bewertungsgremium bestehend aus Christian Poggendorf, Meinfried Striegnitz und Frank Schmidt lässt sich von den Vertragsparteien über die Schulter schauen.

Aktive Eingriffe beenden

Neueste Entwicklungen an Deponie von Bewertungsgremium vorgestellt

REHBURG-LOCCUM (jan). Alle Jahre wieder und das schon seit vielen Jahren wird im Rehbürg-Loccumer Rathaus zur Weihnachtszeit über die Sonderabfalldeponie Münchehagen (SAD) gesprochen. Der neueste Bericht des Bewertungsgremiums fällt positiv aus.

Die betroffenen Kommunen, die Anliegergemeinschaft und das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz sind auch in diesem Jahr diejenigen gewesen, die hören wollten, welche neuen Entwicklungen es auf der Deponie gibt. Als Vorsitzender des Bewertungsgremiums gab Meinfried Striegnitz ihnen Auskunft. Nach wie vor sei

es so, dass keine Schadstoffe aus der Deponie austräten. Das Monitoring zur Überwachung sei aussagekräftig und weitere Schritte müssten demnach momentan nicht eingeleitet werden.

Berichtet hat Striegnitz aber auch von dem neuesten Schritt in der Anlage. Das Gas, das bisher in großen Mengen aus dem Deponiekörper abgepumpt worden sei, werde seit rund 21 Monaten nur noch passiv über einen Filter abgeleitet. Das Abpumpen habe einen Unterdruck in der Deponie erzeugt, der wiederum dazu führte, dass das Wasser ebenfalls hoch gezogen wurde. Um den aktiven Eingrif-

fen in die Deponie ein Ende zu bereiten, sei dieser Schritt gegangen worden – als Versuch über zwei Jahre. Die bisherigen Erfahrungen seien gut.

Ob der passive Betrieb beibehalten werde, solle aber erst im Sommer 2013 endgültig entschieden werden, wenn der Versuchszeitraum abgelaufen sei und die Bewertung vorgenommen wurde. Die Anlagen zum Abpumpen blieben auf jeden Fall auf dem Gelände und auch betriebsbereit, so dass jederzeit wieder umgestellt werden könne.

In 2013 stehe auch die nächste große Statusuntersuchung an, sagte Striegnitz, die „alle paar

Jahre“ durchgeführt werde. Aus dieser Untersuchung solle dann ein langfristiges Konzept für die Überwachung entwickelt werden – langfristig, sagte Striegnitz, bedeute Jahrzehnte. Die Empfehlungen aus der Untersuchung würden im Dezember 2013 vorgestellt und seien auf eine weitere zweijährige Erprobungsphase ausgelegt.

Danach und auf der Grundlage der dann gewonnenen Erkenntnisse müssten die Vertragsparteien sich zu neuen Verhandlungen an den Tisch setzen. Der derzeit gültige Vertrag zwischen Kommunen, Anliegern und Ministerium hat eine Laufzeit bis 2016.

Foto: jan